Petition an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein

PARLAMENTSDIENST
E 24. Nov. 2026

Politische «Nebelkerzen» an der Universität Liechtenstein

Der Landtag möge diese Petition an die Regierung überweisen im Sinne einer klaren Fokussierung für eine Bildungs-Universität gemäss Auftrag des Gesetzgebers.

Die Universität Liechtenstein bekommt einen neuen Rektor

Im Mai 2022 wurde durch einen Personalagentur ein neuer Rektor gesucht. Im Inserat hiesse es: die Universität Liechtenstein ist eine staatliche Hochschule, welche in Ihren Leistungsbereichen der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie der Architektur und Raumentwicklung organisiert ist.

Im Oktober 2022 wird Christian Frommelt als Rektor eingestellt. Arbeitsbeginn war August 2023. Im Universitätsgesetz vom 25. November 2005 wird der Zeck der Universität wie folgt festgehalten: Die Universität Liechtenstein lehrt und forscht in Architektur und Wirtschaftswissenschaften. Sie setzt sich auf der Grundlage der geschichtlichen und zukünftigen Entwicklung mit gegenwärtigen und zukünftigen Problemen von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Umwelt und internationaler Zusammenarbeit auseinander.

Der neue Rektor geht eigene Wege

Er firmiert nicht einfach als Rektor, sondern als Politikwissenschaftler und Rektor. Im Editorial der soeben erschienenen Ausgabe, der von der Universität Liechtenstein herausgegebenen Publikation „Denkraum", hat sich der Politikwissenschaftler Frommelt äusserst ausführlich über besondere Entwicklungen und Abhängigkeiten der Politik und der Demokratie ausgebreitet und die nachfolgend festgehaltenen Ziele, Projekte und Massnahmen der Universität Liechtenstein eingefordert. Frommelt will ganz offenbar die Politikwissenschaft in die Universität Liechtenstein integrieren.

Und was sagte der Rektor Frommelt im erwähnten Editorial zur Universität? Nichts. Kein einziges Wort zur kulturellen, wirtschaftlichen, organisatorischen und bildungspolitischen Entwicklung der Universität Liechtenstein. Und kein einziges Wort über mögliche zukünftige Herausforderung die auf das heimische Bildungshaus zukommen werden.

Dieses Editorial zeigt unmissverständlich, wo die Interessen des neuen Mannes an der Spitze der Universität liegen. Die gesetzlichen Vorgaben scheinen die Universität wenig belangen. Oder hat sie bereits ein entsprechendes Dekret vom Bildungsminister?

Die Universität Liechtenstein will sich neu als politikwissenschaftlicher Provider positionieren

Die folgenden Vorgaben sind den von Frommelt skizzierten Ziele und Forderungen im bereits erwähnten Editorial auszugsweise und gekürzt entnommen.

Die Universität will die politische Deliberation erforschen

Deliberation meint den sachlichen und konsensorientieren Austausch von Argumenten. Sie sei, gemäss Frommelt in Liechtenstein wenig erforscht. Die akteur-getriebene Kommunikation durch politische Parteien habe stark zugenommen. Im Zentrum stehe heute weniger der argumentative Austausch, sondern die Selbstprofilierung und das Mobilisieren für die eigenen Anliegen.

Die Universität will die politische Leistungsfähigkeit untersuchen

Angesichts globaler Krisen wachse der Eindruck, dass Demokratien Schwierigkeiten haben, komplexe Probleme schnell und effektiv zu lösen. Auch in Liechtenstein liesse sich in gewissen Politikfeldern, wie Verkehr, Raumplanung, Gesundheit etc. eine wachsende Diskrepanz zwischen Output in Form zahlreicher politischer Strategien und Konzepte sowie Outcomes in Form konkreter Verbesserungen für die Bürger feststellen.

Wichtig für die Universität Liechtenstein: die Performanz

Sie ist der Massstab der Fähigkeiten politischer Systeme, Entscheidungen herzvorzubringen und umzusetzen (Output). Performanz bezieht sich auch auf die gesellschaftlichen Ergebnisse politischen Handelns (Outcomes). Und meint die Qualität staatlichen Handelns. Im Zentrum stehen administrative Professionalität, Unparteilichkeit, Korruptionskontrolle und Rechtstaatlichkeit.

Liechtensteins Universität will einen politischen Kommunikationsraum schaffen

Die mediale Öffentlichkeit verändert sich stark. Ein von der Universität geplantes Kommunikationszentrum soll künftig die komplette Berichterstattung aller Medien in Liechtenstein erfassen und hinsichtlich verschiedener Dimensionen journalistischer Qualität analysieren. Ziel des Kompetenzzentrums ist es, auf der Basis empirischer Daten die kritische Nutzung von Medien und deren Weiterentwicklung zu fördern und so einen Beitrag zur Deliberation leisten.

Die Universität will politische Diskussionsräume schaffen

Mit einem geplanten «Lehmbaum» möchte die Universität Liechtenstein Diskussionsraum schaffen, damit Leute mit unterschiedlichen Ansichten zusammenkommen. Die Kleinheit Liechtensteins mache es möglich, dass solche Diskussionsräume noch physisch und nicht nur digital wirken können. Deliberation lebt dabei davon, inwieweit es gelingt, Informationen in Sinnzusammenhänge zu setzen und damit eine Orientierungshilfe in der komplexen Welt zu ermöglichen.

Was bedeutet diese geplante Neuausrichtung der Universität für Liechtenstein

Erstens: Frommelt erwartet wohl von der Politik, dass sie die geplanten Ressourcen für einen politik-wissenschaftlichen Provider an der Universität Liechtenstein (finanziell, personell und organisatorisch) unterstütze. Stand heute gibt es für diese Konzepte, Projekte und Massnahmen allerdings keine gesetzliche Grundlage. Der Gesetzgeber wollte (Universitätsgesetz vom 25. November 2005), dass die Universität Liechtenstein ausschliesslich die Wirtschaftswissenschaften und die Architektur lehrt und erforscht. Und ob der Landtag die als Voraussetzung für einen politik-wissenschaftlichen Provider notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen würde, ist wohl mehr als fraglich.

Zweitens: Mit der geplanten Neuausrichtung begibt sich die Universität in ein Konkurrenzverhältnis zum Liechtenstein-Institut. Soll das kleine Liechtenstein zwei Organisationen mit Steuergeldern finanzieren, damit sie sich duellieren und nolens volens Doppelspurigkeiten produzieren?

Und drittens: Mit dem geplanten politik-wissenschaftlichen Aktionsprogramm läuft die Universität Liechtenstein Gefahr in die alltägliche parteipolitische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden. Es wäre alles andere als wünschenswert, wenn wir Liechtensteiner eines Tages von einer roten, einer schwarzen, einer weissen oder einer blauen Universität reden würden.

Die Politik ist gefordert

Das erwähnte Editorial ist weit mehr als ein allgemein übliches Schönwetter-Vorwort zu einer Publikation. Frommelt stellt mit seinen «Nebelkerzen» Forderungen. Er will die Universität Liechtenstein als politik-wissenschaftlichen Provider neu konstituieren. Hätte die Universität am liebsten einen eigenen Lehrstuhl? Was wären die konkreten Folgen dieses geforderten Vorhabens ? Schwerwiegende politische, finanzielle und organisatorische Herausforderungen. Und vor allem: Millionen Franken Steuergelder. Bleibt zu hoffen, dass Regierung und Landtag Klarheit schaffen und daraus folgend konsequent und zukunftsorientiert handeln. Im Interesse Liechtensteins und seiner Bürger. Und vor allem auch im Interesse einer Universität, die von der Politik akzeptiert und von ihr auch getragen wird. «Nebelkerzen» sind diesbezüglich nicht tauglich.

Vaduz, 15. November 2026

Reinhard Walser,